



P. PIEL/GAMMA/STUDIO X

ICE

*Staatsverschuldung*

## Waigels Rechenricks

Bundesfinanzminister Theo Waigel verschleierte die tatsächliche Höhe der Staatsschulden. So werden Investitionen der Bahn jetzt aus dem Haushalt auf eine „private Zwischenfinanzierung“ verschoben. Für den Bau der ICE-Strecke, die von Nürnberg über Ingolstadt nach München führt, sollen sich die Eisenbahner in den nächsten acht Jahren sieben Milliarden Mark

bei Banken ausleihen. Vier Milliarden Mark kostet der Bau zu heutigen Preisen, drei Milliarden werden zusätzlich für Zinsen und Preissteigerung kalkuliert. Die Rechnung geht nicht auf, weder für den Bund noch für die Bahn. Nach der Fertigstellung im Jahr 2003 müssen Waigels Nachfolger in 25 jährlichen Raten zu 622 Millionen Mark die Schulden abzahlen, mit Zins und Zinseszins macht das insgesamt 15,6 Milliarden

Mark. Die Bahn soll nicht nur die Kosten für den Betrieb und die Instandhaltung der neuen ICE-Strecke verdienen, sondern auch noch vier Milliarden Mark für Abschreibungen. Bei einer üblichen Auslastung von 50 Prozent müßte sie täglich rund 150 ICE-Züge über die Strecke schicken, um nur die Kosten zu decken. Ein ökonomisch wie ökologisch günstiger Ausbau der Strecke über Augsburg hingewürde nur 1,5 Milliarden Mark kosten, allerdings die Fahrtzeit etwas verlängern – um ganze elf Minuten.

*Rußland*

## Schwache Anleihen

Die russische Regierung glaubt offenbar selbst nicht an die Sicherheit der von ihr ausgegebenen Staatsanleihen. Bei der Verpfändung ihrer 78-Prozent-Anleihe, die sie an Rußlands zweitgrößtem Ölkonzern Jukos hält, lehnte die Regierung das gemeinsame Angebot der Banken Rossiiski Kredit, In-

kom und Alpha ab. Der Grund: Die Banken wollten ein gefordertes Deposit in Höhe von 350 Millionen Dollar in von der Regierung offiziell als „absolut sicher“ bezeichneten Staatsanleihen hinterlegen. Deutlicher, so ein Moskauer Börsenexperte, „kann ein Staat nicht demonstrieren, daß er seine eigenen Wertpapiere für Makulatur hält“. Die drei abgewiesenen Banken wollen nun gegen die Entscheidung der Privatisierungsbehörde klagen.

*Einzelhandel*

## Genossenschaft in Not

Die Konsumgenossenschaft Dortmund-Kassel eG, zu der auch die Plaza-Warenhaus AG und die Hamburger Ladenkette Pro gehören, hat offenbar große Probleme. Der Revisionsverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V. wirft dem Vorstand der mit 14 000 Mitarbeitern und 3,5 Milliarden Mark Umsatz größten deutschen Einzelhandelsgenossenschaft Mißmanagement und Konzeptionslosigkeit vor. „Sowohl in 1994 wie in 1995“, heißt es in einem vertraulichen Papier, „war die Liquiditätslage des Unternehmens durchweg angespannt.“ Das Umsatzziel sei 1994 um 380 Millionen



Co-op-Supermarkt (in Dortmund)

*Steuern*

## Muß Otto nachzahlen?

Der Münchner Gelddrucker Siegfried Otto, Hauptgesellschafter der Druckerei Giesecke & Devrient, muß womöglich weitere 140 Millionen Mark Steuern nachzahlen. 100 Millionen hat er bereits nachgeliefert, nachdem er seine Schwarzgeldeinnahmen dem Fiskus offenbart hatte. Doch nun haben der Münchner Wirtschaftsanwalt Jürgen Leske und der Journalist Friedrich von Schönfels Finanzminister Erwin Huber aufgefordert, Schenkungsteuer von Otto zu verlangen. Der

hatte seinem Schwiegersohn Thomas Kramer mindestens 200 Millionen Mark gegeben – geschenkt, wie Kramer bislang unwidersprochen behauptet. Da Otto weder einen Darlehensvertrag mit Kramer noch einen Vertrag über eine treuhänderische Verwaltung der Gelder vorgelegt habe, sei davon auszugehen, daß Otto das Geld verschenkt habe, meinen die beiden Experten, die ein Buch über Steuerhinterziehung („Schlauer als der Staat erlaubt“) veröffentlicht haben. Nach Paragraph 20 Erbschaftsteuergesetz müsse der Gelddrucker Schenkungsteuer zahlen. Der mit einer Stieftochter des Unternehmers verheiratete Kramer ist mit Otto nicht verwandt und fällt daher in die Steuerklasse IV, wonach Erbschaften oder Schenkungen an Familienfremde von mehr als 100 Millionen Mark mit einem Satz von 70 Prozent zu besteuern sind.



INTERFOTO

Kramer

Mark verfehlt worden, die operativen Verluste von rund 100 Millionen Mark in den vergangenen zwei Jahren hätten nur durch die Aufdeckung stiller Reserven kompensiert werden können. Grund für die prekäre Situation, die den Bestand des gesamten Unternehmens gefährde, seien unter anderem eine zu geringe Flächenleistung der Läden und zu hohe Personal- und Sozialkosten. 194 Millionen Mark Schulden hat das Unternehmen bei Banken, neue Kredite sind kaum noch zu bekommen. Trotzdem soll den 500 000 Genossen für dieses Jahr eine Dividende gezahlt werden. Sonst, so die Befürchtung des Vorstands, könnten sie einen Teil ihrer Einlagen in Höhe von insgesamt rund 120 Millionen Mark abziehen.